

Bezugspreis: Vierteljährl. 4,75 RM., monatl. 2,25 RM. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Sonnabend, den 18. Januar 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Wähler, Wählerinnen! Stimmt morgen alle in Berlin für die Liste Scheidemann, in Teltow-Beeskow für die Liste Ebert, in Niederbarnim für die Liste Wiffell, überall für die Listen der Sozialdemokratischen Partei!

Genossen, Genossinnen! Die Zukunft der Republik und des Sozialismus steht nicht bei Splintern und Trümmern, sondern nur bei der großen, alten, einigen deutschen Sozialdemokratie! Helft ihr zum Sieg!

Die Wahlen

zur Nationalversammlung.

Die Nationalversammlung, die morgen gewählt wird, ist ein Kind der Revolution, der 9. November ist ihr Geburtstag.

Vor dem Krieg und während des Krieges war die Macht der Sozialdemokratie unaufhörlich gewachsen, und die fast unblutige Novemberrevolution war nur der Ausdruck eines historischen Reifeprozesses.

Ebert berief sofort Scheidemann und Landsberg mit in die Regierung und erließ gemeinsam mit ihnen sofort ein Manifest, das die Wahl einer Nationalversammlung auf Grund des freiesten Wahlrechts der Welt ankündigte.

in dem das demokratische Selbstbestimmungsrecht des Volkes als oberster Grundlag der sozialdemokratischen Politik festgelegt ist.

Hatte die Sozialdemokratie schon in jahrzehntelangem Kampfe — man denke nur an die schweren preussischen Wahlrechtskämpfe — den Widerstand gegen das demokratische Prinzip gebrochen, so verteidigte sie es jetzt auch erfolgreich gegen die anarchoföhen Strömungen von links.

Aus dem Gefagten geht unzweideutig hervor:

- 1. Die Sozialdemokratie hat dem Volke das Selbstbestimmungsrecht erkämpft, das es morgen ausüben wird. 2. Wenn morgen die Frauen zum erstenmal als gleichberechtigte Mitmenschen und Mitbürger an die Wahlurne treten, so verdanken sie das gleichfalls einzig und allein den Sozialdemokraten.

Wer morgen gegen die Sozialdemokratie stimmt, der stimmt damit gegen die Partei, der er es verdankt, daß er überhaupt wählen kann!

Indes gibt es bestimmte Schichten der Bevölkerung, die ihrer gesellschaftlichen Natur nach dazu bestimmt sind, antisozialdemokratisch zu wählen, sofern sie sich von ihren Klasseninteressen und nicht von Allgemeininteressen leiten lassen. Das sind die

Kapitalisten und Großgrundbesitzer.

Wenn von diesen einer oder der andere für die Sozialdemokratie stimmt, so tut er in dem Bewußtsein, daß er damit gegen die Interessen seines Geldbeutels handelt.

Wir sind überzeugte Sozialisten.

Was heißt das? Wir sind davon überzeugt, daß die kapitalistische Ordnung, die wenige zu Herren über den gesamten Wirtschaftsprozeß macht, abgelöst werden wird durch die sozialistische, die die gesamte Volkswirtschaft nach den Interessen der Allgemeinheit umgestaltet und damit das Volk zu einer höheren Stufe des Wohlstandes und der Kultur emporführt.

Heißt das etwa auf die Ziele des Sozialismus verzichten! Nein, es heißt, überlegend, methodisch vorbereiten und durchführen, was krampfhaftes Ungestüm nur verderben kann.

die Interessen des arbeitenden Volkes wahrnehmen.

die nur durch den gründlichen Umbau gefördert werden können, während unbedachter Dilettantismus das Volk in noch tieferes Elend hinabzuführen droht.

Wenn sich die Sozialdemokratie die Partei des arbeitenden Volkes nennt, so ist damit selbstverständlich nicht gemeint, daß sie nur die Interessen der Handarbeiter vertreten will.

Die Beamten und Angestellten

sollen nicht mehr dem Geldsack, sondern dem Staat und der Volkswirtschaft dienen zum Wohl des Ganzen, sie sollen freie Staatsbürger sein und für ihre Arbeit einen Entgelt finden, der sie vor Not und Sorge schützt!

mit dem Lehrerstande.

Eine Partei, die alle ihre Zukunftshoffnungen auf die wachsende Volkshildung stellt, kann den Beruf des Volkserziehers nicht hoch genug achten. Seine Befreiung aus den geistigen Schicksalen einer veralteten Ordnung gibt ihm neue Würde und neuen gesellschaftlichen Rang.

Die Schule muß dem ganzen Volke gehören, sie darf nicht im Dienst einzelner Glaubensgemeinschaften stehen. Den Eltern muß es überlassen bleiben, in welcher Bestimmung ihre Kinder erzogen werden sollen, die Glaubensgemeinschaften sollen dazu alle Möglichkeiten offen halten.

Feindin jeglichen Gewissenszwangs. In diesem Sinne gedenkt sie das Verhältnis zwischen

Staat und Kirche

so zu ordnen, daß jeder Teil frei und unabhängig besteht. Wir wollen Duldsamkeit üben und fordern Duldsamkeit! Und auch hier wollen wir nicht nur Altes zerbrechen, sondern Neues aufbauen, auf das unser Volk vor allen anderen Völkern der Welt mit Stolz hinweisen kann.

Dies aber ist das Ziel unseres allgemeinen Ehrgeizes. Wir wollen der Welt zeigen, daß in dem deutschen Volk neue schöpferische Kräfte vorhanden sind, die der äußeren Niederlage trotzen und ihr die innere Unüberwindlichkeit unseres Volksgestes vor Augen führen.

sozialdemokratisch wählen!

Wahlmaskerade.

Die bürgerlichen Parteien einst und jetzt.

Kein Mensch (um nicht einen andern, militärischen Ausdruck zu gebrauchen) kennt sich mehr mit den bürgerlichen Parteien aus. In allen Räumen leben Plakate: „Wählt die deutschnationale Volkspartei“, „Wählt die deutsche Volkspartei“.

Im alten Reichstag gab es einen Haufen bürgerlicher Parteien, deren Namen dem politisch Unterrichteten bekannt waren.

Die Konservativen haben sich mit den Reichsparteikern und nennen sich jetzt: „Deutschnationale Volkspartei“.

Die Christliche Volkspartei ist also das, was man vordem als Junker, Reaktionsäre, Alldutsche, Vaterlandsparteiler und Scharfmacher bezeichnete.

Ein Zeichen der Nationalliberalen, das weder rechts noch links Ansehen gefunden hat, ist in der Mitte hängen geblieben und nennt sich jetzt ganz stolz: „Deutsche Volkspartei“.

Die „Deutsche Demokratische Partei“ ist nichts anderes als die „Fortschrittliche Volkspartei“ plus einigen Nationalliberalen. Ihre Gründer wollten eine ehrlich demokratische Partei aus ihr machen, sahen sich aber schließlich gezwungen, Elemente in sie aufzunehmen, die sie am liebsten der „Deutschnationalen Volkspartei“ gratis abgegeben hätten.

Die „Christliche Volkspartei“ schließlich ist weiter nichts als das alte Zentrum, das jetzt auch in evangelische Kreise Eingang zu finden sucht.

Warum haben alle diese Parteien ihre Namen geändert, obwohl sie im Grunde doch dieselben geblieben sind? Sie haben es deshalb getan, weil sie sich mit ihrem alten Namen gar nicht mehr vor die Wähler trauten.

Auch Liebknecht ermordet?

Gestern früh brachten das Organ der U. S. P. und ein anderes Blatt, das überhaupt kein sozialistisches Parteiorgan ist, Darstellungen eines Verurteilten des Volksgerichts über das Ergebnis einer fachverständigen Besichtigung der Leiche Karl Liebknechts. Danach hat der Erschossene drei Wunden: an der Stirn, auf der rechten Brustseite und am rechten Oberarm und alle diese Schüsse haben von vorn getroffen; der Kopfschuß sei wahrscheinlich aus geringer Entfernung mit einer Armeepistole abgefeuert. Außerdem trage der Kopf Liebknechts die Spur eines Siebs mit einem stumpfen Werkzeug.

Die Leiche wurde am 15. d. M., abends 11 Uhr 20, von dem zur Garde-Kavallerie-Division gehörenden Leutnant Diekmann als die eines unbekannten Mannes der Unfallstelle in der Nähe des Hotels Eden abgeliefert.

Wir stellen fest, daß dem „Vorwärts“ diese Darstellung nicht ungenugung ist. Bis zum Beweis des Gegenteils wollen wir nicht glauben, daß der Volksgericht mit der Nichtaufstellung an den „Vorwärts“ etwas zu tun hat.

Am Abendblatt der „Freiheit“ wird ausgeführt, Liebknecht sei bereits beim Besteigen des Autos durch einen Gewehrschuss schwer verletzt worden.

Wenn sich diese Anklagen bestätigen sollten, ist kein Wort stark genug, um die Empörung jedes anständigen Menschen über eine solche Schandtat auszusprechen.

Die Untersuchung.

Die „Freiheit“ heizt und verleumdet.

Wie wir schon gestern mitteilten, ist von der Regierung die strengste Untersuchung der Fälle Liebknecht und Luxemburg angeordnet. Mit der Durchführung dieser Anordnung ist Genosse Otto Landsberg, der Jurist in der Reichsleitung, speziell beauftragt. Ferner soll je ein Mitglied des Zentralkomitees und des Volksgerichts an der Untersuchung beteiligt werden in der Weise, daß auch ein Vertreter der Unabhängigen Partei mitwirkt und seinen Einfluß in das Material erhält.

Im Interesse der Beschleunigung werden die beiden Fälle gefördert. Für den Fall Liebknecht sind Genosse Hermann Müller vom Zentralkomitee und der Linkenunabhängigen Bewegung vom Volksgericht zu Mitgliedern der Kommission bestimmt. Für den Fall Luxemburg sind nähere Bestimmungen noch nicht getroffen, doch soll in der gleichen Weise verfahren werden.

Wohlgemerkt waren bereits getroffen, als die „Freiheit“ einen Artikel losließ, in dem sie erklärte: „Wir sind überzeugt, daß die Ober-, Schönbachmann, Kossel, Landberg aus persönlichen und politischen Motiven alles daran setzen werden, um die Wahrheit zu vertuschen.“ Die „Freiheit“ schloß ihre „Überzeugungen“ aus dem unerschöpflichen Vorrat ihrer schmutzigen Bestimmung. Sie benutzt den heutigen Fall einfach dazu, um in eklatanter Weise mit wahrhaftigen Verleumdungen gegen die Reichspartei und ihre Vorworte in der Regierung zu heizen. Sie zweifelt die persönliche Unschuldigkeit dieser Männer an, denen sie zumutet, sie könnten den Mordanschlag unter Regierungsschutz stellen!

Womit sollen die Mörder wagt, ein Blatt zu arbeiten, das in der gleichen Nummer die Wähler auffordert, der Liste Eichhorn ihre Stimme zu geben. Da frohlich wer Eichhorn für einen Ehrenmann hält, bei dem man sich über die sonstige Umkehrung aller Wege nicht wundern.

Man kann zu der schändlichen Hebe des Organs der U. S. P. mit der es dieselbe glaubt, die Helferdienste für die Terroristen bezweifeln zu wollen und die Wahlausichten zu verbessern, nur sagen: Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die uns hielten, haben wohl gewußt, warum sie für die Unabhängigen nur Scharlach und Lüge hatten!

Die oberste der parlamentarischen Zusicherungen der „Freiheit“ hat, geht weiter als der Tatsache hervor, daß auch diese wollen Grund in das Untersuchungsmaterial erhalten wird. Mit der Festlegung der Untersuchung ist Kriegsgerichtsrat Ruchig betraut, zu dem Hause gehören heute: Wir kennen uns ja. Ich habe zu Ihrer Objektivität das vollste Vertrauen.“

Damit ist die edle „Freiheit“ erkannt und gerichtet. Ihr Schein noch Unigelt ist nichts als Scheitel. Während sie zum Schein für die Einigkeit eintritt, streut sie in die offenen Wunden des Bruderkrieges das Gift ihrer Verleumdungen, um womöglich auch noch die sozialdemokratische Partei zu zerfetzen und auseinander zu heizen. Es wird ihr nicht gelingen!

Die Straßen und der Wahlkampf.

Sozialistische Wahlplakatebilder.

Jetzt naht die Stunde, den Entschluß in Tat umzusetzen. In schweren Kämpfen hat er sich geballt. In Wochen voll Leidenschaft, die keinen mehr freiließ. Jeden hat sie hinausgedrängt in die lockenden Straßen. Jeder hat gesprochen, gehorcht, gefragt, gestritten, gerufen in den unglücklichen Ansammlungen, die auf allen Plätzen, an allen Kreuzungen des Verkehrs immerfort wuchsen. In diesen Stunden zitterten, fieberten die Ereignisse des jüngsten Tages, der letzten Stunde. Hier sehten sie sich an Treten und Winken um die feste, zielige Gedanken. Ins jugendliche Geschehen griff der Wille, der kämpfen und marschieren will, und formte das Entscheidende: den geklärten Entschluß zur Tat.

Die Revolution hat die Straße in größtem Maße für den geistigen Austausch befreit und erobert. Was der Krieg aus den Menschen gemacht hat, nimmt freilich seinen rohen Anteil. Wen will's verwundern? Aber mehr bedeutet für die Zukunft diese Weitung der geistigen Atemkraft der Straße. Sie wird bleiben, sich aufreihen, ein neuer Volksfest, an dessen Ausdruck sich ablesen läßt, was und wieviel das Volk bedeutet. Das Beste drein geben, darauf kommt auch hier alles an. Das Beste, das den Geist mächtig sein läßt, mit Macht zu überzeugen. Das eben rang als Seele tagelang in den gedrängten Menschenkreisen der Straße. Und heute, einen Tag vor den Wahlen, ruft es von den Mauern und Anschlagtafeln in den vorüberfließenden Strom. Der Kampf hat Worte die sich zu einfachsten Formeln durchgearbeitet, und die Formeln werden Bild. Bilder können härter reden als Worte.

Der Sprechkampf in den Straßen blieb nur in begrenzten Gebieten, was er anfangs schien: ein Kampf sozialistischer Strömungen um das Vorrrecht, den weiteren Stromerlauf zu bestimmen. Viel mehr und immer bedeutender entfaltete ein anderes inneres Merkmal seine Zeichen. Der Kampf ging um das Vertrauen zum Sozialismus als künftigen Lenker von Staat und Gesellschaft. Die Revolution der Köpfe war an der Arbeit. Überall schob und drängte das Verlangen, die Reste der alten Schranken, die von der Distanz zum Sozialismus trennten, wegzubringen. Unendliche Ausdauer wirkte in den Stundenlang lauschenden, sprechenden Massen, und rief ein Sozialist die Rede an sich, so keilten sie sich dichter heran und die Klagen spannten sich in merkwürdig gadernder Einheit, wie vor Offenbarungen, die lang ersehnt wurden.

Was ist in diesen erschütternden Tagen im Volke rechts und links gescheit? Soll etwas Großes aufgehen, so muß gewaltige Kraft sich mit Kowen Entschluß, der nur die Hauptsache erkennt und läßt, auf einen Punkt sammeln. Hier ins Gedächtnis einprägen, treibt die Entscheidung aus dem Korn empore. Der Tag

Die Garde-Kavallerie-Schützen-Division

erklärt folgendes:

Vor allen Dingen sei gegenüber einem Artikel der „Freiheit“ und von verschiedenen im Publikum herumlaufenden Gerüchten, die die Division als Weiße Garde bezeichnet, folgendes festgestellt: Die Division hat am 12. Dezember durch eine Ausschließung die Regierung ausdrücklich ersucht, als Regierungstruppe Verwendung zu finden. Weiterhin hat sie sich gegen jede Gegenrevolution ausdrücklich erklärt. Besondere Offizierskategorien bestehen nicht, nur finden einzelne Offiziere in den Reihen der Mannschaften Verwendung als Mannschaften. Innerhalb der Verbände werden Vorträge von sämtlichen Parteien mit Ausnahme des Spartakusbundes gehalten. Eine politische Beeinflussung der Mannschaften geschieht in keiner Weise.

Zum Fall Liebknecht hat die Garde-Kavallerie-Schützen-Division die Volksbeauftragten ersucht, zu den Untersuchungen einen Vertreter der U. S. P. hinzuzuziehen. Der einzige Vorschlag, der gegen die Division erhoben werden kann, ist der mangelnde Schutz im Falle Rosa Luxemburg. Diese Angelegenheit wird vom Kriegsgerichtsrat der Division auf das strengste untersucht und der betreffende Offizier ist dem Dienste suspendiert worden.

Zum Protest

gegen Mordmord und Militärararchie, besonders aber gegen Ober-Scheidemann, hatte ein Aufruf der U. S. P. voll der wüsten Schimpfereien aufgeföhrt. Es sollte gestreift werden. Aber diese Parole scheint nicht übermäßig viel Anklang gefunden zu haben, denn die Berliner Arbeiter wissen, wie bitter not unserem geschlagenen, gefesteten und mit völligem Untergang bedrohten Deutschland das Arbeiten tut. Sie wollen sich auch nicht von den genügend bekannten Deuten mißbrauchen lassen, die sich jetzt hinter dem Anhängelschild der U. S. P. verborgen.

Aus verschiedenen Betrieben sind uns Entschließungen zugegangen, die dem Abscheu vor dem schändlichen Verbrechen und der Sympathie für seine Opfer Ausdruck geben. Wir sind aus technischen Gründen außerstande, diese Kundgebungen abzugeben.

Wie uns aus Hamburg gemeldet wird, findet dort auf Beschluß der Einigungs-Kommission morgen eine gemeinsame Protestkundgebung der U. S. P. und der U. S. P. statt.

Wendung in der Ostpolitik.

Die Reichsregierung greift aktiv ein.

Die englische Regierung hat an die deutsche die merkwürdige Aufforderung gerichtet, jede Herausforderung der polnischen Bevölkerung zu unterlassen. Die deutsche Regierung hat darauf geantwortet, daß die Alliierten wohl keine Ähmung haben, wie es in den gemischtprovidigen Gebieten im Osten Deutschlands aussteht, sonst wäre diese Aufforderung undenkbar. Die Provinz Posen befindet sich zurzeit in einem Zustande des nationalen Aufruhrs. Die deutsche Bevölkerung richtet dauernde Hilferufe an die Reichsregierung. Diese steht sich daher genötigt, ebenso wie früher die englische Regierung in Irland militärische Maßregeln durch Entsendung einer starken Truppenmacht anzuwenden, um Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Die deutsche Regierung hat es bisher unterlassen, gegen die Staatsbürger der polnischen Nation, die nach den deutschen Straßgesetzen aufrührer, Landes- und Hochverrat vorbereiten und begehen, einzuschreiten. Sie kann nicht länger einem Treiben zusehen, daß an Stelle einer von ihr bereits angestammten gerechten friedlichen Regelung der Ostfragen der machtlüsterne polnische Imperialismus ungenheim schallt und waltet, da sie darin eine nicht zu unterschätzende Gefahr für einen dauernden Weltfrieden erblickt.

Die Vorgänge in Oberschlesien haben mit nationalen Fragen nichts gemein. Hier herrscht auch in den gemischtprovidigen Gebieten Polens ständige Ruhe. Eine Ausnahme bildet nur ein Teil des ober-schlesischen Industriegebietes. Dort haben erhebliche Arbeiterunruhen stattgefunden, die auf internationale bolschewistische Agitation zurückzuführen sind und mit nationalen Fragen nichts zu tun haben. Ein Beweis hierfür ist, daß dieselbe Bewegung in dem angrenzenden Industriegebiet in Kongresspolen fast noch heftiger zum Ausbruch gekommen ist.

Verlegung des Hauptquartiers.

Der Sitz der Obersten Heeresleitung dürfte, wie verlautet, gegen Ende dieses Monats in eine Stadt im östlichen Teil Deutschlands verlegt werden.

der Wahlen ist ein neuer Revolutionstag. Der neunte November war ein Stürzen und Wegfegen, der neunzehnte Januar soll enthüllen, was jenes Raumschiffen und Wahnreden für die Zukunft bedeuten wird. Soll aber Saat aufgehen, die nicht taub ist, sollen Mauern wachsen, die fest sind, so müssen viele Millionen, alles Klein Trennende diesem heiligen Werk der Notwendigkeit opfernd, sich zur großen Einheit zusammenfügen.

Von den Mauern der Stadt rufen die Bilder großer Plakate in die hastenden Mengen, was jetzt das Gebot der Stunde ist. Eine rote arbeitsharte Hand streckt sich vor und hält die Wage der Weltgeschicke: die Schale des Sozialismus sagt an, was geworden ist, und bestimmt, was weiter werden soll; die Schale mit den Abzeichen von Monarchie, Kapitalismus und mittelalterlicher Schläffheit schnell ohnmächtig auf und bleibt überwinden, wenn das Volk der Arbeit seine Kraft in einer Schale zu halten weiß. Drüben ein anderes Bild: eine riesige rote Fahne wagt, ein Mann und ein Weib, lebensfröhlich, lebensstrotzend, sie sind die Träger. An die Frauen geht der Ruf: Gleiche Rechte, gleiche Pflichten! Wer scheidet sie so, daß kein Klassenvorrecht das Ziel verrückt? Ein drittes Bild: der deutsche Adler an der Wahlurne. Die Wähe der Revolution auf dem Haupt und im Schmelz den roten Stimmzetteln! Er ist kein Kriegsvogel mehr, er muß das Werk des Friedens leisten, das Werk, von dem diese drei Plakate zeugen, die für die sozialdemokratische Partei Deutschlands werdend ins Gewähl der Straße leuchten.

Einfach und stark ist die Sprache dieser Wahlbilder. Der Glaube an die heilige Macht und der schwere Ernst der Lage sind ihr Boden. Ihre Gebanken dringen machend ein. Sie fordern die klare Tat. Jägernde Halbheit hemmt und ist Unheil. Weggenommen von dem Wege, der die Trümmer um uns her mehrt, bauernd sie überwinden, Schritt um Schritt, Stein um Stein, in diesem Werk ist ganze Tat. Leben sichern, daß neue Geschlechter frei erblühen können!

Drüben steht ein Menschenauf sich zusammen. Ein viertes Plakat der Sozialdemokratie hält die Deute fest. Von dem Plakat schaut ein Proletariermohde herob, dürstig, gekleidet, unterernährt, ein Leben, dergewaltig im frühen Werden. Symbol der Gesellschaft, die gestern herrschte! Wo ist der Weg, der dieses Menschenverderben hinter sich läßt? Die Sozialdemokratie, die das Ader nahm und hielt, als alle verlangten, sie will ihm weisen. Der Weg einer Entwicklung, die das Kind als heiliges Werk erkennt, den Menschen erzeuge. Schaut hinauf zu dem armseligen Jungen, diesem Bild, das heute läglic auf allen Straßen und lebendig bepackt! Der Kapitalismus und sein Krieg haben dies Elendswort vollbracht. Gegen sie geht das Wort des Volkes, das tilgen soll, was Menschen händet.

„Ruht! Den! an mich!“

Erstehend wirken diese Worte von dem Bilde des Prole-

Das deutsche Friedensprogramm

Die Reichsregierung hat sich in den letzten Kabinettsitzungen unter Zugabe des Staatssekretärs des Reichens damit beschäftigt, die Delegation zur Friedenskonferenz zusammenzustellen. Zu Leitern der Abordnung hat sie den Staatssekretär des Reichens, Graf Brockdorff-Rantzau und den Volksbeauftragten Scheidemann bestimmt. Ihnen wird ein Stab diplomatischer, wirtschaftlicher und rechtspolitischer Referenten beigeordnet werden. Die Abordnung wird in ihrer Zusammenlegung das neue Deutschland zur Darstellung bringen.

Auch über die Richtlinien, an die sich die deutschen Vertreter auf der Friedenskonferenz zu halten haben, ist Klarheit und Uebereinstimmung erzielt worden. Vor allem ist sich die Reichsregierung der Verantwortung bewußt, die ihr durch die Annahme des Wilsonschen Programms auferlegt ist. Wie sie alles zu dessen Durchführung Erforderliche nachdrücklich betreiben und auch jede damit übernommene Verpflichtung streng einhalten wird, so muß sie andererseits Forderungen unserer bisherigen Gegner ablehnen, die über jenes Programm hinausgehen, sie darf die Grenzen nicht überschreiten lassen, die der Behauptung der jungen deutschen Republik als Staatsvolk und Wirtschaftskörper gezogen sind. Sie muß sich der Weiterführung eines Wirtschaftskrieges nach Friedensschluß widersetzen. Unsere Vertreter haben sich dafür einzusetzen, daß alle wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen sofort eingestellt und die dadurch geschädigten Privatrechte soweit als möglich wiederhergestellt werden; es wird unverzüglich eine auf Billigkeit und Gerechtigkeit beruhende Vereinbarung über die gegenseitige Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln zu treffen und für die Zukunft eine wirtschaftliche Annäherung der Völker unter möglichst gleichmäßigen Bedingungen anzustreben sein. Dazu gehört namentlich, daß die Fragen des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung auf der Grundlage der von den letzten internationalen Kongressen darüber gefassten Beschlüssen von allen beteiligten Staaten tunlichst gleichmäßig geregelt werden.

Weiterhin werden unsere Vertreter zu erklären haben, daß Deutschland bereit sei, gemeinsam mit den anderen Staaten zu Lande, zur See und in der Luft abzurufen und die zur Ausführung dieses schwierigen Problems erforderlichen Verpflichtungen unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit einzugehen. Tatsächlich hat Deutschland durch die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen seine Abrüstung im wesentlichen schon vollzogen. Um so weniger ist es gerechtfertigt, daß unsere Gegner die Kriegsgefangenen Deutschen immer noch hinter Stacheldraht schmachten lassen, während wir unsere Gefangenen haben freigeben müssen. Die Delegierten sind angewiesen, auf der Heimsendung aller gefangenen Deutschen (sogar der Beginn der Verhandlungen nachdrücklich zu bestehen. Sie werden ferner für eine Wiedereinsetzung Deutschlands in seine kolonialen Rechte im Rahmen des Wilsonschen Programms einzutreten haben und dabei die Sorge für das Wohl der eingeborenen Bevölkerung als gemeinsame Pflicht aller Völker des europäischen Kulturkreises betonen. Bei der Behandlung der territorialen Fragen in Europa und Vorderasien werden unsere Unterhändler das große Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ebensowohl zugunsten anderer annehmen, wie sie es zugunsten des deutschen Volkes annehmen müssen. Dies gilt insbesondere für die polnische und elsaß-lothringische Frage. Unsere Vertreter sind schließlich angewiesen, nach allen ihren Kräften die Errichtung des Völkerbundes im Geiste der Wilsonschen Vorschläge und in Verbindung mit der internationalen Schiedsgerichtspartei zu fördern, weil hierdurch allein ein Zustand dauernden Friedens verbürgt wird.

Clemenceau über die Friedenskonferenz.

Basel, 17. Januar. Nach einem Pariser „Globe“-Bericht hielt Clemenceau in der Kammer eine Rede, in der er u. a. bemerkte: Die Friedenskonferenz geht ihre Arbeiten in einem Geiste vollkommener Vergessenheit und Persönlichkeit fort. Die Regierung gedenkt ihre Politik gegenüber Rußland nicht zu ändern. Hinsichtlich der sich auf der Friedenskonferenz zeitweilig ergebenden Meinungsverschiedenheiten erklärte Clemenceau: Wenn nicht verschiedene Auffassungen beständen, würde es sich überhaupt nicht lohnen, zu Beratungen zusammenzutreten. Man versammle sich ja eben darum, um sich zu verständigen und verschiedenartige Interessen in Uebereinstimmung zu bringen. Zum ersten Male erhebt sich über mehr oder weniger heiklen Erwägungen der Gedanke eines allgemeinen Friedens, der die ruhige Entwicklung der Zivilisation gewährleisten soll.

tarierungen bereh. Sie weisen die höchste Pflicht, die sozialistischem Fühlen gegeben ist. Hier leimt das Schächeramt der Menschheit.

Notizen.

— Leo Krons lehnt den Professorentitel ab. Zu unserer Meldung von der Verleihung des Professorentitels an Genossen Dr. Leo Krons schreibt und dieser: Die Verleihung war in bester Absicht vom Minister geplant; auf meinen sehr nachdrücklichen Einspruch wurde mir am 2. Januar 1910 aus dem Ministerium amtlich mitgeteilt: „Nachdem Sie den Wunsch geäußert haben, den Professorentitel nicht zu erhalten, wird derselbe Ihnen auch natürlich nicht verliehen werden.“

Richtig ist, daß die Philosophische Fakultät der Berliner Universität bereits im Herbst 1914 einstimmig beschloß, meine Streidung im Universitätskatalog rückgängig zu machen und mich wieder als Privatdozent mit meinem Altersrang zu führen. Der damalige Minister verweigerte seine Zustimmung. Für mich war der Beschluß der Fakultät, der mit amtlich mitgeteilt wurde, eine völlig genügende Friedigung meines Falles.

— Ein Streik der Choränger im Opernhaus verhinderte die Aufführung des Lohengrin am Donnerstag. Verhandlungen erreichten, daß das Personal am Freitag vorläufig wieder mitwirkte. — In einer demokratischen und sozialistischen Republik sollten solche Streiks überflüssig sein. Berechtigte Forderungen der Arbeiterschaft müssen auf dem friedlichen Wege durchzusetzen sein. Die Ministerien wie die Angestellten müssen gemeinsam dafür sorgen, daß dergleichen für die Zukunft ausgeschlossen ist.

— Theater. Im Schiller-Theater Charlottenburg beginnt am Sonnabend die Nachmittagsvorstellung von Weillpargers Lustspiel „Der dumme Kopf“ um 3 Uhr.

— Vorträge. Der für Sonntag, den 19. angelegte Vortrag „Als Berlin einfiel und heute“ muß wegen noch bestehender Gefährdung des Saales des Kunstgewerbemuseums verlegt werden.

— Hans Franks Drama „Freie Knechte“ ist als Ausgabe im Delphin-Verlag (München) erschienen.

— Flugblätter aus dem Revolutionsjahr 1848 sind im Schaufenster des Antiquariats von Edmund Meyer, Potsdamer Straße 27b, ausgelegt.

— Die geistige Beschäftigung der deutschen Gefangenen in Frankreich wird in einer von Prof. Bolterod unter Mitarbeit von mehreren Kriegsgefangenen bearbeiteten Denkschrift dargestellt, die im Verlage der Bücherzentrale Göttingen-Verlag erschienen ist.

Vollversammlung der Arbeiterräte Groß-Berlins.

Der Vorsitzende Richard Müller eröffnete die Versammlung, die gestern im Gewerkschaftshaus tagte, mit einer Rede, worin er ausführte: Die Arbeiterräte sind stark gefährdet. Von gewisser Seite werden sie für überflüssig erklärt. Jetzt werden sogar Arbeiterräte verbannt. Heute früh kam General Werker zu uns ins Abgeordnetenhaus und erklärte, wir mühten das Haus räumen. Wir beschäftigen uns schon seit 14 Tagen mit der Frage der Mäntelung, weil das Haus für die preussische Nationalversammlung gebraucht wird. Aber man weist uns keine anderen Räume an. Daraus geht hervor, daß man unsere Tätigkeit lähmen will. Auch die Unternehmer gehen rücksichtslos gegen die Arbeiterräte vor. Die Unternehmer legen Betriebe still, ohne daß es notwendig ist. Das ganze Wirtschaftsleben kommt ins Stocken, wenn es so weiter geht. Die Arbeiterräte haben am Wiederaufbau des Wirtschaftslebens hervorragende mitzuarbeiten.

Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte über die Festsetzung der Tagesordnung nahm die Versammlung zunächst die Neuwahl zum Vollzugsrat vor. Einem Antrag der demokratischen Fraktion entsprechend fand die Wahl nach dem Verhältnisystem unter Zulassung verbundener Listen statt.

Der Vorsitzende Richard Müller gedachte der bei den Straßenkämpfen der vergangenen Tage gefallenen Opfer. Die Versammlung ehrte deren Andenken durch Erheben von den Sitzen. Während der Aussprache der Stimmzettel trat die Versammlung in den zweiten Punkt der Tagesordnung ein:

Veratung der Richtlinien für die Arbeiterräte Groß-Berlins.

Der Vollzugsrat hat eine Vorlage ausgearbeitet, deren § 1 lautet: Die Arbeiterräte sind die berufene Vertretung der wehrfähigen Bevölkerung. Sie haben die Aufgabe, die Neuordnung in Deutschland zu sichern und auszubauen. Sie haben die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten beider Geschlechter in Privat- und öffentlichen, kommunalen und staatlichen Betrieben wahrzunehmen und eine eingehende Kontrolle der Betriebe auszuüben. Das Ziel ihrer Tätigkeit muß die schleunige Sozialisierung des Wirtschafts- und Staatslebens sein.

An diesen Paragrafen knüpfte sich eine grundsätzliche Debatte über die Frage der Erziehungsbeteiligung der Arbeiterräte und ihre eventuelle Stellung im Wirtschaftsleben.

Kaliski bezeichnete es als die Hauptsache, daß die Produktion wiederhergestellt werde. Die Arbeitslosenunterstützung müsse abhängig gemacht werden von der Erfüllung der Arbeitspflicht, die im Allgemeininteresse notwendig sei. Der Redner legte einen ausführlichen, nach sozialdemokratischen Grundgedanken aufgestellten systematischen Sozialisierungsplan vor, worin den Arbeiterräten die Mitwirkung bei der Produktion im Rahmen von Produktionskommissionen zugewiesen wird. — Spuczial trat dafür ein, daß die Arbeiterräte beibehalten, aber in den Gewerkschaften, die der Neuzeit entsprechend umgeändert werden müssen, zu verankern seien. Die Arbeiterräte mühten auch bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Verbindung mit den Gewerkschaften mitwirken. Der Redner beantragte eine Resolution, welche protestiert gegen die vom Rat der Volksbeauftragten am 23. Dezember 1918 erlassene Verordnung über die Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Streitigkeiten. Diese Verordnung sei ein Abstoß des Diktatorregimes. — Flügel (Demokrat) hält die Arbeiterräte nur so lange für berechtigt, bis eine geschäftliche Vertretung des ganzen deutschen Volkes vorhanden ist. Die Arbeiterräte haben wirtschaftliche, aber keine politischen Aufgaben zu erfüllen. — Weitz führte aus, man dürfe die Arbeiterräte, die nicht jede Arbeit annehmen wollen, als Arbeitsscheue ansehen. Wenn die Stadt Berlin für ihre Notstandsarbeiten im Grunde nicht genug Arbeiter bekomme, so liege das daran, daß hat des festgesetzten Tagelohnes von 12 M. nur 8, 7, 5,50 M. bezahlt und für Essen 4,50 M. abgezogen werden. Auch seien die Schichtstellen schlecht und die Küche schmutzig. — Lehner (Fischer) beantwortete die von Kaliski vertretenen Sozialisierungsvorschläge und sagte, die Arbeiterräte mühten eine geschäftliche Grundlage bekommen. Der Redner warnte vor einem überhasteten Vorgehen, weil dadurch im Volke, namentlich auf dem Lande, eine starke Enttäuschung nach rechts eingetreten sei. — Däumig sagte, die Arbeiterräte seien eine revolutionäre Erzeugnisse. Entweder man behalte sie als solche bei, oder man komme wieder zu den Zuständen des alten Christentums. Es herrsche jetzt eine tiefe Demoralisation im deutschen Volke und auch im deutschen Proletariat. Nur im Vertrauen auf die eigene Kraft könne die Arbeiterschaft Besseres schaffen. Das Mittel dazu seien die Arbeiterräte. Das neue Deutschland müsse aufgebaut werden durch die Kräfte, welche das alte Deutschland gestützt haben. Hand- und Kopfarbeiter mühten dabei Hand in Hand gehen, nur die parasitären Elemente seien auszuschalten. Die Arbeiterräte würden auch eine Grundlage bilden für die jetzt so stark verlangte Einigung des Proletariats. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf wurde das

Ergebnis der Wahl zum Vollzugsrat

besanntgegeben. Es sind 705 Stimmen abgegeben. Davon erhielt die Liste der U. S. V. 331, die Liste der S. V. D. 246, die Liste der Demokraten 117 Stimmen. Danach erhalten die beiden sozialdemokratischen Fraktionen je 7, die Demokraten 2 Mandate. Gewählt sind also: die Mitglieder der U. S. V. Rich. Müller, Eder, Däumig, Ledebour, Wegmann, Reuendorf, Rusch, die Mitglieder der S. V. D. Büchel, Vrolat, Frank, Gierich, Rano, Ranz, Reue und die Demokraten Lehner Flügel und Oberpostassistent Kohler.

Die Debatte über die Richtlinien wurde fortgesetzt. — Gallentin sagte, die Staatsarbeiter seien nicht gegen die jetzt bestehenden Arbeiterräte. Wenn sie in Zukunft eine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben sollen, mühten alle sonst noch bestehenden Arbeiter- und Angestelltenausschüsse beseitigt werden. Die Arbeiterräte mühten im Einvernehmen mit den Gewerkschaften arbeiten. — Wilhelm befürwortete eine planmäßige Sozialisierung der dazu reifen Betriebe.

Hierauf wurde die Diskussion geschlossen. Der von Kaliski vorgelegte Sozialisierungsplan wurde abgelehnt. — Dann wurde der grundlegende § 1 der Richtlinien gegen wenige Stimmen angenommen mit der Bemerkung, daß im letzten Satz hinter den Worten „schleunige Sozialisierung“ eingeschaltet wird „der dazu reifen Betriebe“. — Ferner wurden zwei Resolutionen gleichen Inhalts angenommen. Sie fordern die Einführung des Stützsystems in die ländliche Bevölkerung Deutschlands dergestalt, daß dem von dem Arbeiterräte bestimmten Vollzugsrat die Kontrolle über alle das Arbeitsverhältnis betreffende Maßnahmen der Betriebsleitungen übertragen wird. Diese Kontrolle soll sich in jedem Einvernehmen mit den in den Einzelbetrieben vorhandenen Arbeiterräten vollziehen. Um diesen hierzu die Möglichkeit zu geben, muß ihnen in allen diesbezüglichen Betriebsinstitutionen und Funktionen Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden. Die Exekutive soll alsdann bei den vorhandenen bzw. neu zu schaffenden Organen der neuen Regierungsgewalt liegen.

Auch die folgende Resolution wurde gleich den vorigen gegen eine kleine Minderheit angenommen:

Die Arbeiterräte der Berliner Großbetriebe protestieren auf das entschiedenste gegen die Verordnung des Reichsamtes vom 23. Dezember 1918, betreffend Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten. Diese Verordnung ist vorbereitet und erlassen worden ohne Hinzuziehung der Vertreter der Arbeiterräte und ist geeignet, diese zu beseitigen. Die Arbeiterräte üben ihre Tätigkeit kraft ihres revolutionären Rechts aus und werden sich dieses Recht nicht nehmen lassen. Sie werden sich auch dem Abschluß irgendwelcher Kollektivverträge energisch widersetzen, die geeignet sind, die Tätigkeit der Arbeiterräte lahmzuliegen.

Die übrigen Bestimmungen der Richtlinien, welche die Aufgaben und Tätigkeit der Arbeiterräte im einzelnen regeln, wurden en bloc angenommen, ebenso die vorgelegten Richtlinien für kommunale Arbeiterräte.

Rum besprach die Versammlung

die Vorgänge der letzten Woche. Vrolat berichtete, daß eine vom Vollzugsrat eingesetzte Kommission am Donnerstagabend eine Besprechung mit dem Volksbeauftragten Kossel hatte. Der Kommission ist die Zusage gegeben worden, daß strenge Maßnahmen zur Behütung von Ausschreitungen und Ungehörigkeiten der nach Berlin herangezogenen Truppen getroffen werden sind. In Zukunft sollen nur ältere und besonnene Leute bestellt werden. Die Bürger- und Studentenwehr soll auch den Arbeitern, die sich daran beteiligen wollen, zugänglich sein. So soll durch Zusammenwirken aller Teile der Bevölkerung die Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit gewährleistet werden. Die Annahme, die Bürger- und Studentenwehr werde von Kapitalisten finanziert, ist falsch. Kossel hat ein dahingehendes Angebot abgelehnt, weil alle Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit aus öffentlichen Mitteln zu bestreiten sind. Der Kommission ist weiter berichtet worden, daß die Truppen nicht besetzt sind, gegen die Arbeiterräte vorzugehen. Soweit es geschehen ist, war es unehrenhaft und ist rückgängig gemacht worden. Die nach Berlin herangezogenen Truppen haben freiwillig auf die Wahl von Soldatenräten verzichtet, weil sie eine für den Grenzschutz bestimmte mobile Truppe sind. Sie haben statt dessen Vertrauensmänner eingesetzt. Diese Truppen werden in aller nächster Zeit aus Berlin zurückgezogen. Wegen diejenigen, die an den Ausschreitungen im Vorfeldbureau der Unabhängigen und an Vorgängen nach der Verhaftung von Diebnecht und Rosa Luxemburg schuldig sind, wird mit aller Strenge vorgegangen. Diese werden vor ein Kriegsgericht gestellt. In dem Untersuchungsverfahren sollen auch Mitglieder des Vollzugsrats teilnehmen. In den Städten der Truppen sollen vertrauenswürdige Parteigenossen beteiligt werden.

Ein Antrag Däumig, auf eine Diskussion zu verzichten, damit nicht durch eine erneute Entfaltung der Leidenschaften die Herbeiführung der so notwendigen proletarischen Einheitsfront gefährdet werde, wurde angenommen.

Die folgende Resolution Däumig fand Annahme mit 405 gegen 265 Stimmen:

Die Versammlung, erfüllt von heftiger Empörung über den an Karl Diebnecht und Rosa Luxemburg verübten Mordanschlag, sieht in den Vorgängen der letzten Tage und vor allem in dem Auftreten der wieder übermächtig gewordenen Militärkräfte eine schwere Gefahr für die Ertrugenschaften der Revolution und damit auch gegen die Arbeiterräte.

Die Versammlung protestiert mit aller Energie dagegen, daß die Regierung nach Wiederherstellung ihrer „spartakistischen“ Wehrer ein militärisches Gewaltregime, das sich in willkürlichen Erschießungen, Verhaftungen und Verfolgungen betätigt, freischalten und Recht und Gesetz verletzen läßt.

Die Versammlung fordert die Arbeiterräte auf, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dem Wüten der Militärkräfte und dem unverhüllt auftretenden Mißbrauch des kapitalistischen Bürgerrechts entgegenzutreten und die Regierung zu ihrer Pflicht zu zwingen, die sie den Ertrugenschaften der Revolution schuldig ist.

Schließlich wurde noch ein Antrag angenommen, welcher sagt: Die Arbeiterräte werden auf Grund des Verhältnissystems gewählt, ebenso auch die Mitglieder des Vollzugsrats. Dasselbe Verhältnis muß auch bei der Wahl der Soldatenräte eingeführt werden. Den Soldatenräten wird deshalb empfohlen, sofort Neuwahlen auf Grund der Verhältniswahl vorzunehmen.

betonte nachdrücklich, es seien alle Garantien dafür gegeben, daß die Regierungstruppen nicht zu revolutionären Zwecken Verwendung finden könnten.

Toft (U. S.) vom Zentralrat der Marine, richtete dann heftige Angriffe gegen die Regierungstruppen und gegen Kossel, der die Verantwortung für die Handlungen dieser Truppe trage. Ihm seien die Dinge über den Kopf gewachsen, weil er nicht die Mitwirkung und den Einfluß der Arbeiter herangezogen habe. Toft verlor die Aufgabe eines nicht genannten Soldaten, der als Augenzeuge beobachtet haben will, daß bei der Ermordung Rosa Luxemburg gar keine Witzballen beteiligt waren, sondern daß Rosa Luxemburg von einem Soldaten mit dem Gewehrstoß niedergeschlagen und dann von einem anderen Soldaten, wahrscheinlich einem Chargierten, erschossen worden sei. Toft beantragte zum Schluß die Wahl von Soldatenräten zur Kontrolle der Kommandantur und als Beirat beim Oberbefehlshaber Kossel.

Die Tötung von Diebnecht und Rosa Luxemburg forme Kossel und seinen Truppen nicht zur Last gelegt werden. Die rücksichtslose Ermittlung und Bestrafung der Schuldigen sei gewährleistet. Hierauf wurde die Debatte durch einen Zwischenfall unterbrochen. Der Vorsitzende erklärte, ihm sei jedoch mitgeteilt worden, daß Leute vom Regiment Reinhard mit einem Postbefehl gegen das Vorstandsmitglied Diez im Anzuge seien. Dagegen mühte sich die Versammlung schärfen. Diese Mitteilung rief in der Versammlung große Erregung hervor. Viele uniformierte Tribünenbesucher verließen häufig die Versammlung. Von den Vätern der Minderheit kamen laute Rufe gegen Kossel und Fischer. Nach einiger Zeit stellte sich heraus, daß die ganze Aufregung umsonst war. Oberst Reinhard, der sofort telefonisch angerufen wurde, erklärte, es sei ihm nicht eingfallen, irgendeinen Postbefehl zu erteilen. Der der Arbeiter des falken Geräts war, konnte nicht ermittelt werden.

Nach längerer Debatte wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der sich sämtliche Truppen Groß-Berlins verpflichten, die Regierung bei der Entlassung der Zivilbevölkerung, der Sicherung der Nationalversammlung und der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu unterstützen.

Andererseits verlangt die Versammlung, daß nach dem Abschluß der Wahlen die auswärtigen Truppen aus Berlin zurückgezogen und die Freiwilligen-„Wehren“ entlassen und aufgelöst werden. Ein weiterer einstimmig angenommener Antrag erhielt Beifall dagegen, daß mit Vermundeten besetzte Logenette von den Regierungstruppen für militärische Aktionen in Anspruch genommen werden.

Ferner wurde beschlossen, daß den Befehlshabern der Regierungstruppen Kontrollorgane nach Art der Soldatenräte beigeordnet werden sollen.

Vertreter des Regiments Augusta berichteten, daß sieben Mitglieder ihres Soldatenrats ohne jeglichen Postbefehl verhaftet worden seien. Die Versammlung protestierte einstimmig dagegen. Vom Kriegsministerium ging dazu die Auskunft ein, es sei weder vom Oberst Reinhard noch von seinem Stabe die Verhaftung irgendwelcher Soldatenräte befohlen worden.

Das tragische Ende Karl Diebnechts und Rosa Luxemburg wird von allen anständig denkenden Menschen aufs tiefste bedauert, von uns, seinen Gegnern, am meisten. Es ein Verbrechen oder gar ein Gewaltakt vorliegt, verlangen wir schärfstes Vorgehen, wie wir es auch gegen spartakistische Gewalt verlangt haben.

Die Unabhängige Sozialdemokratie und die Spartakisten betrachten aber auch dieses Unglück von dem Gesichtspunkt, wie es zur Verleumdung der Sozialdemokratie und der Reichsregierung ausgeschlagen werden könne. Sie fordern zu Arbeitsschließungen und Demonstrationen auf.

Man hofft hierbei, daß die Arbeiterräte die furchtbaren Vorgänge der letzten Woche, die durch die Gewalttätigkeit des Spartakusbundes hervorgerufen wurden, um die Tötung einer einzigen Minderheit über das ganze deutsche Volk aufzurichten, vergessen hat. Ein Vorgehen, das nicht nur die ganze Berliner Bevölkerung in Schrecken und Aufregung versetzte und zahlreichen Volksgenossen Leben oder Gesundheit kostete, sondern auch geeignet war, die Durchführung des Sozialismus aufs allerhöchste zu gefährden. Niemand kann leugnen, daß die Unfähigkeit in Berlin durch dieses Treiben einen Grad erreicht hat, wie nie zuvor. Raubüberfälle, Einbrüche, Diebstähle wurden am hellen, lichten Tage verübt und wurden ausgeführt im Namen der „sozialen Republik“, wie sie vom Spartakusbund als Mittel der Verwirklichung seiner Ziele gepredigt, wie folgende Ausführungen eines am 11. Januar von ihm herausgegebenen Flugblattes beweisen:

Die zweideutigen selgen Führer von der U. S. V., die Oskar Cohn und Naase, die sich während des vierjährigen Gemeindegeldkrieges, wie ihn die Welt nicht gesehen hat, nie zu einer kühnen Aktion aufzucken konnten, sie heulen jetzt und inmensieren über das „Unvermögen“ der Revolution, ihnen ist schon das geringste Opfer zu viel, das für die Sache der Freiheit und des Sozialismus gebracht wird. Ihnen graut ganz einfach vor der proletarischen Revolution, deshalb mühten sie die Anpassung der Massen erschiden, ihr Ungeheim lähmen.

Man mag die Ereignisse der allerletzten Tage noch so sehr bedauern, beurteilen und verabscheuen, die Schuld derer darf doch nicht vergessen werden, die selber zuerst an die Gewalt appelliert und die wildesten Inzinken entzettelt haben.

Bedauerlich ist es, wenn die Behauptung der „Freiheit“ zutrifft, daß das Bureau der Unabhängigen Sozialdemokratie zerstückt worden ist; aber die „Freiheit“ darf nicht übersehen, daß vorher in noch schlimmerer Weise von den Spartakisten mit dem Bureau des Propaganda-Ausschusses der Sozialdemokratie verfahren wurde.

Als diese furchtbaren Dinge sind die bedauerlichen Folgen der Uneinigkeit in der Arbeiterschaft und der verblödeten Taktik der Spartakisten. Die Reaktion von rechts kann dem Sozialismus nur gefährlich werden, wenn man die Selbstzerstörung der Arbeiterschaft in einer solchen Weise verbirgt, wie es in der „Freiheit“ geschieht. Darum, Arbeiter und Arbeiterinnen, folgt nicht dem Ruf, die Arbeit niederzuliegen, sondern nehmt sie da, wo es geschehen ist, wieder auf, denn nicht die Verwerfung der dem Einzelnen und der ganzen Gesellschaft notwendigen Arbeit kann und retten, sondern nur Ordnung und planmäßiger Aufbau des Sozialismus. Darum fort mit denen, die neue nutzlose Kämpfe zum Schaden der Arbeiterschaft und des Sozialismus heraufbeschwören. Für und darf es nur eine Lösung geben:

Durch Ordnung und Demokratie zum Sozialismus!

Der Vorstand der sozialdemokratischen Bezirksorganisation Groß-Berlin.

Theodor Fischer, Franz Küster, August Pottsch.

Vollversammlung der Groß-Berliner Soldatenräte.

Bei Beginn der gestrigen Sitzung im Abgeordnetenhaus gedachte der Vorsitzende Richnow des traurigen Todes von Diebnecht und Rosa Luxemburg. Beide hätten früher mit Eifer für die Sache der Arbeiterschaft und des Sozialismus gewirkt, wenn sie später auch vom Wege abgerrt seien. Die Sozialisten mühten jede Lynchjustiz vermeiden. Die Versammlung ehrte das Andenken der Weiderten durch Erheben von den Sitzen.

Vertraut Wollenhuber gab dann den Bericht des Vollzugsrats über die Verhandlungen mit dem Oberbefehlshaber Kossel über die in der letzten Sitzung angesprochenen Fragen der Berliner Sicherheitstruppen. Kossel habe sich bereit erklärt, in seinem Stab einen Menschen aufzunehmen, der darüber wachen soll, daß keine gegenrevolutionären Vorgehens von den Truppen gefördert werden. Die Entlassung der Berliner Bevölkerung soll reiflos erfolgen und sich auch auf die Offiziere erstrecken, die nicht im Dienst der Regierungstruppen stehen.

Die von einzelnen Soldaten bei der Entlassung bezogenen Heberausse sollen künftig dadurch vermieden werden, daß die Durchführung von Wohnungen nur durch mit Ausweisung versehenen Personen vorgenommen werden darf. Die Beschränkungen im Bureau der U. S. V. D. sind nicht von Regierungstruppen, sondern von Freiwilligen aus dem Reichstag bezogen worden. Die Kossels Oberbefehl nicht unterstehen. (Anruf links.)

Alle diese wilden freiwilligen „Wehren“ sollen ebenfalls entlassen werden.

Eine strenge Untersuchung der Vorgänge bei der Tötung von Diebnecht und Luxemburg ist gewährleistet. Wegmann (U. S.)

vom Vollzugsrat sei bei der Untersuchung beteiligt.

Sobald die jetzt nach Berlin zur Sicherung der Nationalversammlung gezogenen Truppen diese Aufgabe erfüllt hätten, würden sie unverzüglich Berlin verlassen.

um ihre dringende Aufgabe als Pflicht zu erfüllen. Wenn die restlose Durchführung der Entlassung verlangt wird, dann dürften allerdings auch nicht Aufrederungen an die revolutionären Arbeiter ergehen, sie sollten ihre Waffen verstreuen, wie das bereits geschehen ist. Ebenso zu verurteilen sei die Aufforderung zu einem Streikstreik, der in der jetzigen Zeit furchtbares Unglück über Deutschland bringen könnte.

Der frühere Adjutant bei der Berliner Kommandantur, Fischer, entschuldigte dann die Abwesenheit des Volksbeauftragten Kossel. Kossel liege infolge Ueberarbeitung Fieberkrank im West. Fischer verwies auf die von Wollenhuber vorgetragene Erklärung Kossels und

betonte nachdrücklich, es seien alle Garantien dafür gegeben, daß die Regierungstruppen nicht zu revolutionären Zwecken Verwendung finden könnten.

Toft (U. S.) vom Zentralrat der Marine, richtete dann heftige Angriffe gegen die Regierungstruppen und gegen Kossel, der die Verantwortung für die Handlungen dieser Truppe trage. Ihm seien die Dinge über den Kopf gewachsen, weil er nicht die Mitwirkung und den Einfluß der Arbeiter herangezogen habe. Toft verlor die Aufgabe eines nicht genannten Soldaten, der als Augenzeuge beobachtet haben will, daß bei der Ermordung Rosa Luxemburg gar keine Witzballen beteiligt waren, sondern daß Rosa Luxemburg von einem Soldaten mit dem Gewehrstoß niedergeschlagen und dann von einem anderen Soldaten, wahrscheinlich einem Chargierten, erschossen worden sei. Toft beantragte zum Schluß die Wahl von Soldatenräten zur Kontrolle der Kommandantur und als Beirat beim Oberbefehlshaber Kossel.

Gewerkschaftsbewegung

Verschlechterung des Arbeitsmarktes. Teilweiser Arbeitermangel.

In volkswirtschaftlichen Kreisen, sowie in den führenden Organen der Gewerkschaften wurde lange vor Beendigung des Krieges darauf hingewiesen, daß die Zeit der Umstellung unseres Wirtschaftslebens von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft eine Arbeitslosigkeit von beispiellosem Umfang bringen werde. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschärft sich, wie aus den verschiedensten Berichten aus allen Teilen des Reiches hervorgeht, in steigendem Maße. Die Ursachen dieser zunehmenden Arbeitslosigkeit sind in erster Linie zu suchen in dem Fehlen der wichtigsten Rohstoffe, ohne die das hochentwickelte Wirtschaftsleben Deutschlands eben nicht zu neuem Leben erweckt werden kann. Erst der Friedensschluß und die hoffentlich wieder eintretenden Wechselbeziehungen der Staaten untereinander werden unserer daniederliegenden Industrie neue Impulse geben. Bis dahin muß es natürlich die erste Pflicht jedes Volksgenossen sein, Beschäftigung dort anzunehmen, wo sich solche für ihn bietet.

In einzelnen Zweigen unseres Wirtschaftslebens sind Aufträge in Fülle vorhanden; hier ist indessen die bedauerliche Tatsache zu konstatieren, daß die Produktion infolge gewissenloser Arbeitseinstellungen und teilweiser Sabotage einen erschreckenden Rückgang genommen hat. So wird von einer Lokomotivfabrik in der Nähe Berlins berichtet, daß in derselben vor der Revolution jeden Tag eine Lokomotive fertiggestellt worden sei, im Monat Dezember dagegen ist noch nicht eine Lokomotive vollendet worden. Dabei hat der Betrieb Aufträge, die die volle Ausnutzung seiner Leistungsfähigkeit ermöglichen würden, und er ist auch mit Rohstoffen ausreichend eingebekkt. Dieses Beispiel muß eine um so drückendere Stimmung auslösen, als allgemein bekannt ist, wie dringend erforderlich angesichts der Verkehrs- und der Waffenstillstandsbedingungen die möglichst rasche ausgedehnte Herstellung von Lokomotiven ist. Ein Sinken der Arbeitsleistung, wie es sich in diesem Beispiel zeigt, macht es unmöglich, aus der gegenwärtigen Not den Weg zur Wiederherstellung oder auch nur Erhaltung der Wirtschaft zu finden. Jeder auch nur einigermaßen aufgeschärfte Arbeiter muß wissen, daß eine solche unproduktive Wirtschaft sich letzten Endes am Volksganzen bitter rächen muß.

Vom rein sozialistischen Standpunkt ist eine Arbeitsfabotage im gegenwärtigen Stadium der Volkswirtschaft ein Verbrechen. Und nur blinder Fanatismus, sowie die völlige Überachtlaffung des allgemeinen Volkswohls kann zu ihrer Anwendung führen. — Eine starke Nachfrage nach Arbeitskräften herrscht trotz der steigenden Arbeitslosigkeit im Bergbau. Der Arbeitsnachweis für den rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau meldet an Arbeiterbedarf für den Monat Januar allein 41 320 Personen für Arbeit unter Tage und 12 648 für Arbeit über Tage an. Auch in Schlesien, Sachsen und Thüringen ist die Nachfrage nach Bergarbeitern dauernd unbefriedigt. Ebenso bleiben die Anforderungen nach Erdbarbeitern, die vor allem für die Notstandsarbeiten gesucht werden, ohne nennenswertes Angebot.

Wie gering die Neigung zur Annahme ländlicher Arbeit ist, zeigt folgendes Beispiel: Schlesien hatte noch im Jahre 1918 72 000 ausländische Arbeiter, von denen etwa 70 Proz. in ihre Heimat zurückgekehrt sind. Die Ausfahrten, diesen Ausfall an ausländischen Arbeitern durch einheimische decken zu können, sind außerordentlich gering und es erweist sich leider als nötig, daß die Arbeitsnachweise in Schlesien nach wie vor brauchbare ausländische Arbeiter, die ihnen zur Verfügung stehen, den ländlichen Arbeitsstellen zuweisen.

Ähnliche Verhältnisse bestehen durchgängig im ganzen Osten. Auch von Bayern wird ein starker Bedarf an ländlichen Arbeitskräften gemeldet.

Selbst im agrarischen Mecklenburg kann der Mangel an ländlichen Arbeitskräften, der durch den Abtransport der Kriegesgefangenen und ausländischen Arbeiter entstanden ist, durch die heimkehrenden Soldaten nicht behoben werden.

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Hannover wird sogar gemeldet, daß dort einige landwirtschaftliche Betriebe nicht mehr genug Arbeiter haben, um das Vieh versorgen zu können. Die Sorge, im Frühjahr den Acker nicht bestellen zu können, zu welcher Zeit in Hannover einige 20 000 ausländische Saisonarbeiter fehlen, ist in den dortigen landwirtschaftlichen Kreisen allgemein.

In der Provinz Brandenburg zeigen erfreulicherweise Verheiratete in erhöhtem Maße Neigung, Arbeit auf dem Lande mit ihren Familien zu suchen. Einer Aufforderung von 871 Arbeitskräften in der ersten Januarwoche entsprach ein Angebot von 233 Personen. In der zweiten Woche, der Woche des Spartakusputsches, meldeten sich hingegen bei einer Nachfrage nach 459 Personen nur 168 Arbeitsuchende.

Eine unbefriedigte Nachfrage herrscht besonders in den östlichen Provinzen nach Waldarbeitern und Holzschlägern, in Mittel- und Westdeutschland nach Erdbarbeitern, in Westfalen nach Bauarbeitern, an der Küste nach Schiffszimmerern.

Diese Beispiele zeigen, daß das starke Meer der Arbeitslosen einmündert werden könnte, wenn überall der gute Wille vorhanden wäre, unser schwer heimgejudetes Land vor dem völligen Ruin zu bewahren. Nur Arbeit, wo immer sich momentan die Gelegenheit hierzu bietet, vermag die Not der Zeit zu lindern. Ohne Zweifel halten viele Arbeiter mannigfache Umstände ab, sich zu bestimmten Arbeiten zu melden; vielen fehlt es an der notwendigen Kleidung, die meisten sind unterernährt und so schwerer Arbeit nicht widerstandsfähig genug, viele Verheiratete möchten ihre Familien nicht verlassen und der gebotene Lohn reicht auch nicht aus, um einen doppelten Haushalt zu bestreiten. Alle diese Einwände würdigen wir voll und ganz. Gleichwohl dürfte es einer nicht unbedeutlichen Anzahl Arbeiter möglich sein, auswärts Arbeit anzunehmen. Wir denken da in erster Linie an die ledigen Leute. Es erwächst daher unseren ausgeklärten Partei- und Gewerkschaftsgenossen die Pflicht, nach dieser Richtung ihren ganzen Einfluß geltend zu machen, damit das deutsche Volk und mit ihm die sozialistische Regierung die schwerste Periode des Wirtschaftslebens überwindet.

Nur die allergrößten Räder wählen ihre Wehger selber.

Der Gewerksverein der Heimarbeiterinnen Deutschlands scheint ein besonderes Interesse daran zu haben, daß die Nationalversammlung ein reaktionäres, arbeitserfindliches Gepräge erhält. Wie aus einem an eine Heimarbeiterin versandten heftiggegründeten Formulare hervorgeht, wird unter der Überschrift: „Wie soll ich mich am Wahltag verhalten?“ die Wählerin der deutschnationalen Liste empfohlen. Für die Tatsache, daß diese Empfehlung vom Gewerksverein der Heimarbeiterinnen Deutschlands, Hauptgeschäftsstelle: Berlin W. 30, ausgeht, spricht der Umstand, daß das uns vorliegende Kuvett dessen Firma trägt. Es liegt hier eine grobe Irreführung der Heimarbeiterinnen vor. Denn auch der Geschäftsstelle des genannten Gewerksvereins dürfte zur Genüge bekannt sein, daß die Heimarbeiterinnen von der deutschnationalen Volkspartei nichts zu erwarten haben.

Die Kandidaten der letzteren vertreten jene politischen Auffassungen, die sich bisher als ein Hemmnis jedes politischen Fortschritts erwiesen haben. Diese nur unter einem anderen Firmenschild auftretende Partei vereinigt in sich die Reste der Junker und Barone und strebt nichts anderes als die Wiederkehr der reaktionären Zustände verfallener Zeiten an.

Die Interessen der Heimarbeiterinnen werden nur gewahrt und gefördert durch die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, deren Kämpfe ja auch bisher stets der sozialen Besserstellung der Heimarbeiterinnen gegolten haben.

Der Arbeitslohn niedriger als die Arbeitslosenunterstützung.

Daß heute noch Löhne gezahlt werden, welche sich unter den gewährten Sätzen der Arbeitslosenunterstützung bewegen, sollte man nicht annehmen. Schon deshalb nicht, weil ja dann die gezahlte Arbeitslosenunterstützung ein Anreiz wäre, sich vor sich bietender Arbeitsgelegenheit zu drücken. Vor uns liegt eine Zuschrift eines beim Berliner Magistrat beschäftigten Bureauhilfsarbeiters, dem es kürzlich nach 4-jährigem Frontdienst gelang, in der Rüttermittelverteilungsstelle unterzukommen. Wie aus seinen Angaben hervorgeht, erhalten diese Bureauhilfsarbeiter täglich 5,50 M., außerdem eine monatliche Feuerungszulage von 22 M. Das entspricht einem Gesamteinkommen von 187 M. pro Monat. Nach den neuen Sätzen beträgt die Arbeitslosenunterstützung für einen ledigen Menschen pro Tag 7 M., sei also höher, als der Verdienst der Bureauhilfsarbeiter. Hier liegt ein Mißstand vor, den der Magistrat schon im eigenen Interesse durch eine entsprechende Erhöhung der Bezüge dieser Bureauhilfsarbeiter aus der Welt schaffen müßte. Denn jeder Mensch weiß heute, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen mit einem so niedrigen Einkommen die bescheidensten Bedürfnisse des täglichen Lebens nicht bestritten werden können.

Zum Streit des Chorpersonals der ehemaligen Königl. Oper, wodurch die gestrige „Lohengrin“-Vorstellung kurz vor Beginn abgesetzt werden mußte, teilt uns der Ausschuss des Opernchores folgendes mit:

Die im November vorigen Jahres einsetzende Lohnbewegung an den Theatern hat allen Angestellten nennenswerte Aufbesserungen gebracht, nur die Mitglieder des Chors und Balletts der ehemaligen Königl. Theater bezogen nach wie vor ihre Friedensgehälter, dazu eine Feuerungszulage von 48 M. für Ledige und 75 M. für Verheiratete. Das Gehalt der Herren beträgt 156,65 M., steigend bis 213,35 M.; das der Damen beträgt 146,25 M., steigend bis 183,75 M. Die höheren Gehaltsklassen können erst nach 20- bis 30-jähriger Dienstzeit erreicht werden. Obwohl vor circa 6 Wochen unsere Forderungen der Verwaltung überreicht wurden, konnten wir trotz dauernder Verhandlungen mit den Ministerien keine Besserung der Verhältnisse erreichen.

Bereits am Freitag, den 10. d. M. war von uns um eine bestimmte Erklärung wegen unserer Forderungen gebeten worden. Diese erst wurde von uns in einer erneuten, dringlichen Eingabe bis gestern, nachmittags 2 Uhr, verlängert, mit ausdrücklichem Hinweis auf eine eventuelle Arbeitseinstellung. Da wir nun eine absolut unbefriedigende Antwort erhielten, haben wir uns zu unserem großen Bedauern gezwungen, unsern Dienst einzustellen.

Vereinbarung der Vergarbeiterverbände mit dem Zechenverband.

Nach längeren Verhandlungen wurde folgendes zwischen dem Zechenverband und den Vertretern der Vergarbeiterorganisationen vereinbart unter der Voraussetzung, daß

1. reichs- oder staatsseitig dem Zechenverband vorzukaufende am 1. und 15. Februar ein Betrag von je 15 000 000 M. zur Verfügung gestellt wird, der in den Monaten März, April und Mai mit je einem Drittel zurückzuzahlen ist;
2. die jetzt gültigen Kohlen-, Koks- und Zinkpreise in den vorgenannten Monaten nicht durch staatliche Eingriffe herabgesetzt werden sollen.

Auf den Zechen, auf denen den Belegschaften nicht im Dezember oder Januar eine außerordentliche Zuwendung an alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die mindestens seit dem 1. Dezember 1918 zu der Belegschaft gehören, folgende Zuwendungen gezahlt werden:

- Für jeden verheirateten männlichen Arbeiter 120 M.
- Für jeden unverheirateten und am 1. Dezember 1918 über 16 Jahre alten Arbeiter und für jede Arbeiterin 60
- Für jeden Arbeiter unter 16 Jahren 30

Unverheiratete Arbeiter, die einzige Familienernährer sind, werden den Verheirateten gleichgestellt. Aus dem Heresoldienh zurückgekehrte frühere Belegschaftsmitglieder erhalten die Zuwendung auch wenn sie erst nach dem 1. Dezember 1918 wieder in die Belegschaft eingetreten sind.

Die Zuwendungen werden jedoch nur an diejenigen Belegschaftsmitglieder gezahlt, die von jetzt ab bis zur Zahlung der Zuwendung die Vergarbeit ununterbrochen (d. h. ohne Ausstand) fortsetzen und sich unter Abstandsnahme von sonstigen Forderungen vollständig auf den Boden der zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen getroffenen Vereinbarungen stellen.

Die Auszahlung der Zuwendung findet in zwei Raten, und zwar je zur Hälfte gelegentlich der Abfahrs- und Hauptlohnzahlung im Monat Februar statt.

Außerdem ist zu bemerken, daß einzelne Zechen nicht in der Lage sind, den staatlichen Vorstoß in Anspruch zu nehmen, weil ihre finanziellen Verhältnisse ihnen die Rückzahlung unmöglich machen. Diesen Zechen muß vorbehalten bleiben, besondere anderweitige Vereinbarungen mit ihren Belegschaften zu treffen.

Industrie und Handel.

Reichsbankausweis von 1913—1918.

Betrachtet man die Entwicklung der Reichsbank während der letzten fünf Jahre, das riesige Anschwellen des Notenumlaufs und die relativ immer geringer werdende Golddeckung, so treten die verberberlichen Wirkungen des unglückseligen Krieges wieder einmal scharf in den Vordergrund. Die realen Werte sind zerstört, modern auf allen Kriegsschauplätzen der Welt. Das wenige noch Vorhandene ist im Preise gigantisch gestiegen und der armselige Warenverkehr vegetiert auf papierner Basis. In welchem Maße die Papierflut angeschwollen ist und vorausichtlich noch weiter anschwillt, davon zeugen die folgenden Zahlen (in 1000 Mark):

1913	1914	1915	1916	1917	1918
Bezieh. Schwanenweisungen, Schecks:					
1 490 740	8 936 568	5 803 814	9 609 767	14 596 108	27 416 000
Giro Guthaben:					
793 120	1 756 907	2 359 012	4 564 206	8 050 889	13 280 000
Notenumlauf:					
2 508 445	5 045 899	6 917 922	8 054 652	11 467 749	22 148 000
Goldbestand:					
1 169 970	2 092 811	2 445 185	2 520 478	2 409 586	2 262 000
Golddeckung des Notenumlaufs:					
45,1 Proz.	41,4 Proz.	35,3 Proz.	31,2 Proz.	20,9 Proz.	10,2 Proz.
Umlauf an Darlehensstaffeln:					
—	445 832	972 166	2 872 936	6 264 514	10 109 000

Für mehr als 20 Milliarden Mark Noten im Umlauf! Dazu kommen mehr denn 10 Milliarden Darlehensstaffeln, also insgesamt reichlich 32 Milliarden Papier! Nur noch 10 Proz. Golddeckung, ungerichtet die Darlehensstaffeln, ist vorhanden.

Nur eins kann den ungeheuren Heißhunger langsam erneuern: Arbeit und noch mehr Arbeit, produktive, wertschöpfende Arbeit. Solange die Hände ruhen und die Notepressen Tag und Nacht mit Hochdruck arbeiten, kommen wir immer tiefer ins wirtschaftliche und finanzielle Elend.

Ein Trost und eine Warnung kann es uns nur sein, daß Deutschland noch nicht russischen Tiefstand erreicht hat. Ende 1918 betrug der Banotenumlauf der Sowjetrepublik 179 Milliarden Rubel! Unter der Herrschaft der Sowjets sollen bereits für 133 Milliarden Rubel ausgegeben worden sein. Daß solche Rechen nicht zum Sozialismus führen, sondern früher oder später zur Katastrophe, dürfte jedem klar sein.

Jugendveranstaltungen.

Arbeiter-Jugend Werkstatt. Die Wanderung fürstentumliche—Mauern ist umständlicher auf den 26. d. M. verzögert worden. Treffpunkt 7,30 Uhr, Ecke Weichselstraße. Nachzügler: 7,30 Sächsischen Bahnhof, Fernverkehr. G. Göttsch.

Kretzschmar-Gemeinde. Morgen vormittag 11 Uhr in der Klosterstraße, Klosterstr. 78a: Vortrag des Herrn H. Hoffmann: „Revolution und Kirche“. Göttsch willkommen.

Arbeiter-Zamariterband. Kolonne Groß-Berlin. Montag, den 20. Januar, abends Punkt 7,30 Uhr, Reichshofstr. 15: Vortrag nach dem Vortrag praktische Verhandlungen. Göttsch haben einmaligen freien Zutritt.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter. (W. a. B. Hamburg.) Filiale Berlin S. Mitgliederversammlung am Sonnabend, den 18. d. M., abends 8,1/2 Uhr, bei Tiel, Müllerstr. 7.

Ein Freund warnte ihn!

Die Augen schmerzten und tränten, die Lider waren dauernd entzündet, das Lesen bei der Lampe ermüdete ihn schnell, Kopfschmerz und Nervosität setzten seine Arbeitsfähigkeit weiter herab. Ein Freund warnte ihn und empfahl ihm, sich bei uns kostenlos die Schrift „Ratschläge eines Fachmannes“ zu erbitten. Jetzt sind alle Beschwerden beseitigt, denn nur die Ueberanstrengung der Augen war die Ursache aller Beschwerden gewesen. Augenfehler, angeborene, oder durch schädliche Einflüsse erworbene, müssen durch passende Gläser ausgeglichen werden. Wir prüfen Ihre Augen kostenlos und garantieren für passende Gläser, für hygienisch richtigen

Sitz und für Haltbarkeit aller Fassungen von 8,50 M. an 2 Jahre, und zwar erhalten Sie die bekannte Ruhcke-Garantie, d. h. wir garantieren nicht nur für gute Arbeit und gutes Material, sondern wir garantieren, daß wir alle Reparaturen, auch wenn die Fassung durch Ihre eigene Schuld zerbrochen ist, kostenlos ausführen. Ausgenommen sind davon Gläser, Schildpatt- und Hornteile. Verlangen Sie heute oder morgen, oder verlangen Sie durch Postkarte die Schrift „Ratschläge eines Fachmannes“. Sie kostet nichts und sagt Ihnen, was Sie über Augen und Augengläser unbedingt wissen müßten.



Optiker Ruhcke

Verlangen Sie noch außerhalb Kostenlos unsere Optometrie zum Selbstbestimmen passender Gläser nebst Veranlassung.

C, Spittelmarkt, Ecke Wallstr. Alexanderplatz, neben Kälberstr.

W, Leipziger Str. 112, Ecke Bauernstraße. Rintze, 1, Ecke Potsdamer Str. Friedrichstr. 193a, Ecke Leipziger Straße. Friedrichstr. 100a, Ecke Sigisstr.

N, Chausseestr. 73. Jussalidenstr. 164, Ecke Drummerstr. NW, Friedrichstr. 120, G. Dorochowstr. Schöneberg, am Kaiser-Wilhelm-Platz. Hauptstr. 21, an Kaiser-Wilhelm-Platz.

Friedenau: Hohenstr. 18, Ecke Reichstr. gegenüber der Kaiser-Gasse. Wilmersdorf: Berliner Str. 123, an der Uhlenstr.

Neu! S, Rottbueher Baum 10, nahe Warenhaus Jandorf. Hauptstr. 4, gegenüber Reichstr.

Charlottenburg: Losenplanstr. 13, Ecke Warburger Straße. Joachimsthaler Straße 3, am Bahnhof Zoo.

Sonnabend, den 18. Januar, abends 7 1/2 Uhr:

8 große Wählerversammlungen

- Humboldt-Gymnasium Berlin, Gartenstr. 25
172./185. Gemeindeschule Bremer Str. 13-17
Sophien-Realgymnasium Steinstr. 32-34
Leistung-Gymnasium Pankestr. 19
Volkshaus Charlottenburg, Rosinenstr. 4
Gemeinde-Festhalle Lautwig, Dillgesstraße
Kula des Lyzeums Schwargendf., Spandauer Str.
Viktoria-Luisen-Schule Wilmersdorf, Gasteiner Str., Ede Umlandstr.

Thema:

Auf zur Tat!

Redner:

Hab, Rechtsanw. Dr. Halpert, Dr. Lohmann, F. Meyer, Pützsch u.a.

Um zahlreichen Besuch bittet

Der Propaganda-Ausschuss.

Sonnabend, den 18. Januar, nachm. 7 1/2 Uhr, im „Meisteraal“, Köthener Str. 33:

Gr. Akademikerversammlung

Thema: Akademiker und Nationalversammlung.

Redner: Dr. Magnus Hirschfeld und Wally Zepler.

Sozialistische Studentenpartei.

Geschäftsstelle NW 23, Holzmeisterstr. 10, 2. Aufg. 1 Tr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin X N. 54, Linienstr. 83-85

Montag, den 20. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Reichshof, Reichshofstraße 147:

Große Versammlung

der Metallarbeiter Berlins und Umgegend.

Tagesordnung:

1. Weitere Stellungnahme zum Kollektivvertrag. 2. Diskussion. 3. Bericht des Vorstandes...

Montag, den 20. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Pagenhof Bierpils, Friedrichstr. 185, an der Seidenbamer Brücke:

Branchenversammlung

aller in den Eisenkonstruktionsbetrieben beschäftigten Monteure und Geisler.

Tagesordnung:

1. Unsere Stellungnahme zum Kollektivvertrag. 2. Beschlüsse...

Verband d. Schneider, Schneiderinnen und Wäscharbeiter Deutschlands.

Montag, den 20. Januar, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Saal 4):

Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Abrechnung der Betriebsverwaltung. 2. Wahl eines stellvertretenden Vorsitzenden...

Norddeutsche Gemüsebau-Genossenschaft

beabsichtigt zum kommenden Frühjahr ihre Gemüseplantagen auf das Doppelte zu vergrößern...

Kriegsanleihe

zum vollen Kennwert in Zahlung annehmen. Als Mitglieber erhalten Frühmorgens, Sommerherbst und Wintergebäck zu billigen Preisen...

Nabe Kurfürstendamm

(Wilmersdorf) habe ich ein ganz vorzüglich gebautes, sehr vornehmes Schloss mit 6- und 9-Zimmerwohnungen...

Gitarrezithern

mit Unterlegnoten H., große eckförmige H. (Kobdenz ca. 50-60), Mandolinen, Gitarren...

Bekanntmachung

betreffend

Wahl zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung.

Nach § 87 der Wahlordnung vom 20. November 1918 hat jeder Wähler seinen Stimmzettel in einem amtlichen Umschlag dem Wahlvorstande zu überreichen...

Damit die Wahlen einen ordnungsmäßigen Verlauf nehmen, ist dringend geboten die Beachtung der folgenden

Ordnungs-Vorschriften:

- 1. Die zur Stimmabgabe erscheinenden Wähler nehmen einzeln hintereinander nach der Zeitfolge ihres Eintreffens Aufstellung und rücken so allmählich zu der Wahlzelle heran.
2. Eine Ueberfüllung des Wahlraumes, durch welche das ordnungsmäßige Herantreten der Wähler zur Wahlzelle oder das Verlassen des Raumes erschwert werden könnte...

Wir haben das Vertrauen zu den Wählern, daß sie diese Ordnungs-Vorschriften auf das genaueste befolgen...

Berlin, den 10. Januar 1919.

Magistrat, Bernuth.

Deutsche! Wählt Männer, die für Kolonialbesitz eintreten!

Wir fordern Kolonialbesitz,

jedes Volk ein Recht auf einen seiner Lebenskraft, seiner Bevölkerungszahl und seinen Fähigkeiten entsprechenden Anteil an den unentwickelten Ländern der Erde hat und die gewaltsame Ausschaltung eines Volkes von der Ausübung dieses Rechts den Frieden der Welt gefährdet...

Für diese Kundgebung werden die Unterschriften aller wahlberechtigten deutschen Männer und Frauen gesammelt. Jeder trägt sich in die im Umlauf befindlichen Listen ein.

Der Reichsverband der Kolonialdeutschen. Dr. A. Hahl

Aufruf an alle wehrfähigen, regierungstreuen Männer

Soldaten! Bürger! Arbeiter! Nur die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse kann das Vaterland retten...

Freiwilligen-Regiment Oden,

das auf Knordnung der Regierung aufgestellt wird.

Derbestelle: Charlottenburg, Joachimsthaler Straße 31/32, Gemeindeschule VII-VIII.

Jeder Soldat wird seinem früheren Dienstgrade und Waffengattung (Kavallerie, Artillerie, Infanterie, Pioniere) entsprechend eingestellt.

Kommt und meldet Euch sofort. Es gilt den Schutz der Regierung, den Schutz der Nationalversammlung und den Kampf für Frieden, Freiheit und Recht.

Bedingungen: Robustes Gehalt für alle Dienstgrade, Pensionsfähigkeit 80. - R. Abrechnung, 5. - R. Handgeld für Kopf und Tag neben freier Verpflegung und Unterbringung...

Für Auswärtige: Der Preis der Fahrkarte nach Berlin wird ersetzt.

Entlassungspapiere und Ausweise sind mitzubringen.

Der Preis der Fahrkarte nach Berlin wird ersetzt.

Intendantur-Präsidenten-Beamten-Vertreter für den Nordostkreis gesucht. Stelle sofort. Stelle sofort.

Achtung! Gute Klavier oder Instrumente (Bücher) sowie aller Dienstgrade werden billig abgesetzt...

Künstliche Zähne mit und ohne Gaumenplatte. Friedenskanthack, Erstklassige Arbeit. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellen von Gebissen gratis.

Gegen Kautions von 500 M. wird Warenlager eines Gebrauchsgüter eingrichtet. Nicht verfallend in kleinen Abteilen und auf dem Lande, aber auch an größeren Plätzen.

Wählen auch Sie! Berlin N Reinickendorfer Straße 117

Max Prenzlauner Möbel zu soliden Preisen und kulantem Bedingungen zu kaufen beabsichtigen Ein seit über dreißig Jahren bestempfohlenes Möbelhaus!

Reparaturen an Schreibmaschinen, Rechenmaschinen, schreib. Addier-Maschinen. Cosmos Leipzig Straße 23

Waggonbeschlüge aller Art übernimmt zu schneller Lieferung. W. Krefft A.-G., Abt. Waggonbau, Gevelsberg i. S.

Berufsquellen-Verzeichnis Berlin-Westend. Gelegenheitskäufe u. Stad. Fläuser, Hilt-Moab. 110. Paul Gaege Mohl und Holonialw. Prof. Dr. 17, Schönwalderstr. 12/14, Pichelsdorferstr. 12.

Gezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Südend. Fleisch-u. Wurstarw. Paul Müller, Priesenerstr. 22. Mohnding, Kolonialw. Job. Pietsch, Gneisenaustr. 97

Neukölln C. Dittmann Berlinstr. 43 WdW - Gedügel - Fleisch.

Gelegenheitskauf. In sehr vornehm Lage a. Ostbahnhof u. Wilmersdorf. 10 Zimmer, 10 Bäder, 10 W.C., 10 K., 10 G., 10 S., 10 T., 10 U., 10 V., 10 W., 10 X., 10 Y., 10 Z.

Anlauf von Juwelen. Große Brillanten, Perlen, Edelsteine u. Schmuck. A. Graf & Co., G. m. b. H. Berlin, Rosenthalerstr. 9.

Wie ein Wunder beseitigt. San-Rat Haussalbe Dr. Strauß, Hautausschl., Pflanzl., Hautjuck., des. Schind., Krampfadern d. Frauen u. dergl. in Originalisid. 2.25. 4.25. 7.50 erhältlich in der „Eisenbahn-Apotheke“ Berlin SW 19, Leipziger Straße 74 (a. Dönhoffpl.)

Metzner Kinderwagen-Weithaus. Größte Auswahl Berlins. Andraustraße 23, Andrasiastr. 23, Brunnenstr. 95, Beusselstraße 67, Leipziger Str. 54, Neukölln, Bergstr. 133, Spandau, Charlottenstr. 24a.

Reichskanzlerplatz. In bevorzugter Lage habe ich ein erst 1914 erbautes, sehr modernes 10-Zimmerhaus ohne Neben mit 4, 5- und 6-Zimmerwohnungen mit allem Komfort, exzellenter Hypothek, für 800.000 M. zu verkaufen. Julius M. Bier, Leipziger Str. 25, Berl. 12250-53.

Niemand! verlorne Beschäftigung meiner Kleinfamilie in Sommerwohnungen, geräumigen Speisekammern, beschönigten Schlafzimmern, erlesenen Sälen, zu kostengünstigen billigen Preisen im Möbelhaus Osten nur 1672 50 Unterdenstr. 30.

Stirnhöhlenkatarrh in Anfangsstadium, Schnupfen wird wirksam entgegengewirkt und gelindert durch unser allbekanntes Polypent 100/25 Naborthol. Verleibung auch in fortgeschrittenen Fällen. Allw. chemische Erzeugnisse, Berlin C 2, Burgstr. 27. Preis 1.20, langjährig bewährt! (gegen Vereinfachung).

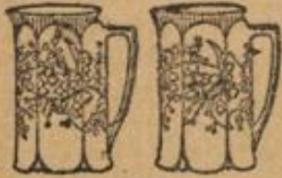
Eck-Zinshaus am Ostbahnhof, mit Zentralheizung und Warmwasser, 3- und 4-Zimmerwohnungen aus erstklassigen Materialien, zu verkaufen für 800.000 M. bei gutem Lieberhaus zu verkaufen. Julius M. Bier, Leipziger Straße 25, Berl. 12250-53.



1 Milchtopf
1 Zuckerdose
zusammen
1.95



1 Tunkenschüssel
versch. Formen
1.95



2 Milchtopfe
m. Blumenverz. Porzellan
1.95



1 Salatschüssel
verschiedene Formen
1.95



1 Likörservice
1.95



6 Wassergläser
1.95

A Jandorf & Co

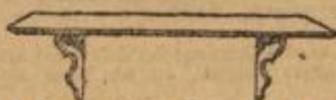
Belle-Alliance-Strasse 6r. Frankfurter Strasse Brunnen-Strasse Kottbuser Dam Wilmersdorfer Strasse

Emaille

- 1 Kasserolle mit Stiel . . 1.95
- 1 Schaumlöffel groß . . . 1.95
- 1 Butterdose mit Deckel . . 1.95
- 1 Wasserkessel 1.95

Glas

- 1 Vase schweres Präformier., verschiedene Formen . . 1.95
- 4 Likörbecher 1.95
- 4 Likörschalen 1.95
- 1 Butterdose 1.95
- 1 Wasserflasche 1.95
- 1 Wasserflasche m. Glas 1.95



1 Küchenkonsole 1.95



1 Putz- od. Wischkasten 1.95

Schreibwaren

- 1 Briefblock Quartorm, 50 Hanfumschläge } zusammen 1.95
- 1 Kassette Briefpapier 25 Bogen, 25 Umschläge . . . 1.95
- 1 Postkarten-Album in geschmackvollem Einband . . 1.95
- 50 Berliner Ansichtskart. 1.95
- 4 Rollen Toilettepapier . 1.95
- 1 Schreib-Behälter mit Füllung 1.95
- 100 Bogen Briefpapier . 1.95
- 100 Umschläge andurchsichtig 1.95



5 Kinderbecher mit Kinderbildern, Porzellan 1.95



1 Milchtopf Porzellan
1 Zuckerdose zusammen 1.95



1 Maschinentopf Emaille 1.95

Parfümerien

- 1 Flasche Mundwasser 1.95
- 1 Flasche Parfüm 1.95
- 1 Zahnbürste 1.95
- 6 Rasierklingen 1.95

Wirtschaftsartikel

- 1 Tortenblech 1.95
- 1 Kopfbürste 1.95
- 1 Kleiderbürste 1.95
- 1 Scheuerbürste 1.95
- 5 Teelöffel 1.95
- 2 Eßlöffel 1.95
- 8 Kleiderbügel 1.95



2 Kindertassen m. Untert. reich dekoriert, Porzellan . . . 1.95



2 Tassen m. Untertassen Porzellan, verschiedene Formen 1.95



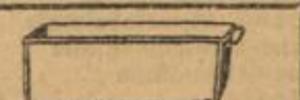
2 Hyazinthentöpfe Porzellan 1.95



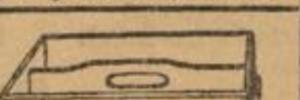
6 Kaffeebecher weiß od. blau 1.95



1 Gebäckkasten verschid. Muster 1.95



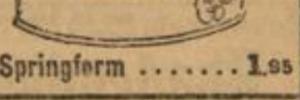
1 Königskuchenform . . 1.95



1 Besteckkasten Holz oder Draht 1.95



1 Springform 1.95



6 Eierbecher Porzellan, mit Perzentantabreit. 1.95



1 Karottenschüssel mit Deckel 1.95



1 Straßenbesen 1.95

Albert Langen Verlag München

Das Buch der Stunde
Soeben erschien:
Dr. Kurt Mühsam
Wie wir belogen wurden
Die amtliche Irreführung des deutschen Volkes
Erstauflage 20 000
Preis geheftet 4 Mark
Dokumentarisch belegte
Enthüllungen
zu den Ursachen der
großen Katastrophe
In den Buchhandlungen vorrätig

Die einzige Rettung.

Wohnungsnot, Nahrungsmittel- und Kohlenmangel bedrohen jeden **Arbeitslosen** mit **Verderben** im **Massengrab der Großstadt!**

Darum hinaus **auf's Land** und in die **kleinen Städte**

JOE LOE

Bezugsquellen-Verzeichnis
Erscheint 2 mal wöchentlich. Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen.

Baden-Apeltzen Central-Bad Diana-Bad Passage-Bad	Bader, Pier, Kiew Wilhelm Göbel 25 eigene Pillulen Gebrüder Manns 48 Solgen-Detailschäfte Schröter R. 43 Detailgeschäfte August Holtz 15 Detailgeschäfte Fleisch- u. Wurstw. Otto Koenig, Alte Juchstr. 24 Wohlhandlungen Bethke, Georg Kochstr. 32, Kaiser-Friedr. Str. 64, Wauerstr. 118, Frlsholzstr. 22, Trolow, Grätz-Strasse 64.	Pichelbräu Mezbit 1015/110 Branden 13 u. 112 Weissbier C. Breithaupt Falkenbergstr. 97 Tel. Egan. 2081, 2082 Kerren- u. Kuebengard Raderstr. 26, Ecke Prinzen-Allee. J. Baer Wite, Nützen, Felzwar. Vester, E. Kottbuser Domstr. 14/15. Planer, Apparat H. Albrecht 80, Kottbuser Str. 2, auch Ullrichstr. 14. Weine, Liköre, Fruchtstoffe Hugo Böling 60 Pillulen in all. Städten. Horn, Meyer & Co. Akt.-Ges. ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.
--	--	---

Ziehung am 4. u. 5. Februar

Geld-Lotterie
Jugendentscheid
200 000 Lose 8915 Gewinne
bei einer Abzug zahlbar Mark

150 000
Hauptgewinn Mark

60 000
30 000
10 000

Lose 3 M. überall erhältlich
Lose 3 M. Postgebühren und
Lose 3 M. Pfg.
Verband Preuß.
Lotterie-Einnahmer
Berlin C. 2, Burgstraße 27

Spengler's Patent-Sicherheits-schlüssel
mit kleinem Stahlschlüssel
Fensteröffner für Oberflügel. Schnelle und billige Ausführung aller Schlosser- und Reparaturarbeiten. Herstellung von Preß-, Stanz- und Drehteilen.
Franz Spengler, Berlin,
Urbanstraße 100. Tel.: Moritzpl. 4563.

Möbel-Cohn
Im Osten: Große Frankfurter Str. 58
(5 Minuten vom Alexanderplatz)
Im Norden: Badstraße 47/48

Möbel auf Kredit
an jedermann.
Geringste Anzahlung — kleinste Abzahlung.
Spezialität:
Moderne Wohnungseinrichtungen
schon für **500 Mark** Anzahlung.
Einzelne Möbel, farbige Köchen,
Wassenauswahl — Billigste Preise.
Sehr künftige Bedingungen und größte Rückzahlung.
Lieferung frei Haus.
Liefere auch nach auswärts.
Kriegsanleihe und Sparkassenbücher nehmen gern als Anzahlung.

Margraf & Co
Kanonierstraße 9
Tauentzienstraße 10a

Juwelen
Spez. Perlenketten

Soeben erschienen neu in 250. Auflage:
Hygiene der Ehe
Aerztlicher Führer für Braut- und Eheleute
von Frauenarzt Dr. med. Zittel, Berlin.
A. u. B. Inhalt: Ueber die Frauen-Organe. Körperliche Ebnunglichkeit und Untauglichkeit. Gebär- u. Stillfähigkeit. Frauen, die nicht heiraten sollten! etc. — Enthaltensmittel u. Anstehungen vor der Ehe. Eheliche Pflichten. Keuschheit od. Polygamie? Hindernisse der Liebe etc. — Krankheiten in der Ehe. Rückstände früherer Geschlechtskrankheiten, Vorbeugung und Ansteckungsschutz. — Körperliche Leiden der Ehefrau. Entstehung und Heilung der weiblichen Gefühlskälte. Folgen der Kinderlosigkeit. Gefahren spätem Heiraten für die Frau. Hysterische Anfälle etc.
Bezug gegen Einsendung von 2 M. franko od. Nachn. durch Medizin. Verlag Dr. Schweizer, Abt. 203, Berlin NW 97.

10 000
Reklamezeitel 10,—
Zuckdruckeri Rund
Palisadenstr. 103
Anfertigung sämtl. Druckzachen

Kriegsanleihe
kauft Deutsche Metallindustrie
Aufrißendamm 106.

Großdeutschland.

Von Dr. Budo Hertmann.

Gefanden der Deutschösterreichischen Republik.

Die Lehre, welche die Politiker aus den gewaltigen Ereignissen, durch welche sie und alle ihre Kombinationen über...

ischen Grenzen verrücken zu können durch zufällige und vorübergehende Nachkombinationen. Und doch zeigt der ganze Verlauf der Geschichte, namentlich der letzten hundert Jahre, daß keine Ruhe auf Erden bestehen kann, solange diese natürlichen Grenzen nicht anerkannt sind.

ist die deutsche Nation Jahrhunderte hindurch durch die dynastische Politik auseinandergerissen worden und namentlich im letzten Jahrhundert war es der Gegensatz zwischen Habsburg und Hohenzollern, der ihre Einigung verhinderte.

Residenz-Theater. Eugen Burg in Der Lebensschüler...

Theater für Sonnabend, den 18. Januar. Central-Theater Die Rose von Stamboul...

Metropol-Theater. 7 Uhr 10: Die Faschingsfee. Sonnt. 3 Uhr: Wiener Blut.

Palast-Theater. 7 1/2 Uhr: Die im Schatten leben. Schiller-Theat. Charl. 3 Uhr: Web' dem, der Ihet.

Morgen! 19 Januar, Beethovenaal, 7 1/2. Heiterer Abend Marcell Salzer...

Königstadt-Kasino Theater Alexanderstr. 21. Täglich: Das neue, ohne Konkurrenz dastehende Programm.

Metropol-Kabarett Behrenstraße 54-56. Das vorzögl. Januarprogramm mit Ann Wilkens-Schulhoff...

Bilanz zum 31. Juli 1918. Aktiva: Guthaben bei Banken 12.931.854,28...

Komödienhaus an der Marschallbrücke. 8 Uhr: Tänzende Nymphen. Sonntag: Esel.

nlimes Theater am Nollendorfsplatz. Das neue Januar-Programm. Erstklassige Spezialitäten.

Kleines Theater. 1/2 Uhr: Jettchen Gehert. Komische Oper 7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.

Thalia-Theater. 7 1/2 Uhr: Polnische Wirtschaft. Th. am Nollendorfsplatz 3 Uhr: Lohengrin (Oper).

National-Theater Cöpenicker Str. 66. Tägl. 7 1/2: 5 Min. Jannowitzbr. Prinzenliebe...

Ausstellungshalle Zoo. Ausstellung vollkommen eingerichteter: kleiner Familien- und Wohnhäuser.

Hohenstaufen-Vergnügungs-Palast Kottbuser Damm 76. Heute, Sonnabend: Böser Buben-Ball.

Gewinn- und Verlustrechnung. Soll: Handlungs-Kosten bei der Zentralverwaltung 1.584.454,54...

Der gute Ruf von Hermann Södermann. Ida Wüst, Bruno Kastner, Hugo Finck, Franz Schönbald.

Marmor Haus Berliner Tagesgespräch. FERN ANDRA in ihrem Film Der Todesprung.

Neues Operettenhaus Schiffbauerdamm 14. Direktion: Jean Rena. Schiffsbauerdamm 14. Sonntag, den 18. Januar 1919.

Laurentzien PALAST Erborgtes Glück Hauptrolle Alexander Moissi.

Linden-Restaurant Teandorf-Betriebe. Ed. Arno Teandorf Friedrichstr. 87 Unter d. Linden 44.

Was will der Sozialismus? Von Stadtschulrat Dr. Naack in Dresden. Preis 1 M.

Linden-Restaurant. Allseitig gerühmte Verpflegung. Musik: Kapelle Pörtner.

Charlotteburg nach Sturfbrennerei. Ich ein feier solches Gebäud. Preis 1 M.

Winter-Garten Bruno Schenk (Eine Schauspielung selbstsamter Wunderdinge).

Admiralspalast. Anfang 8 Uhr, Sonntag 4 und 8 Uhr. Ende 10 Uhr. Prinzessin von Tragant.

APOLLO Theater Dir.: James Klein Friedrichstr. 218. 7 1/4 Sonntags 3 1/2 7 1/4 Persönliches Auftreten Gilbert.

Ein Karnevalstraum, mit Lucie Blattner. Das Rätsel! So wie das übrige große Varieté-Programm.

Gute Brotstelle Schmiebs mit Hans, Stallung, alles neu, massiv. 1/2 Morgen schönen Obstpflanzen.

Möbel-Gross im Osten: Gr. Frankfurter Straße 141 im Norden: Invalidenstr. 5.

500 Mark Anzahlung genügen zum Kauf einer kompl. Wohnungseinrichtung.

Wilmersdorf nahe Kaiser-Wiese habe ich besond. Umbände baub. ein sehr schön, mod. Zimmerhaus.

Reichshallen-Theater. Allabendlich 7 1/2 Uhr u. d. Sonntag nachm. 3 Uhr. Stettiner Sänger.

Admirals-Kino. Paulchen Semmelmanns Fliegelfahrer. Paul Heidemann!

Tätowierung ohne Schmerzen, Schneiden selbst entkalt. Sonntag, den 18. Januar 1919.

Das Rätsel! So wie das übrige große Varieté-Programm. Sonntags 3 1/2 Uhr jed. Erwachs. 1 Kind frei.

Max Kunow, Jatznik (Vorpommern).

Einzel-Möbel, bunte Küchen in großer Auswahl. Lieferung auch nach auswärt.

Kriegsbeschädigte, Kriegervwitwen, Kriegsgetraute erhalten besonders günstige Bedingungen und Preisermäßigung.

Einzel-Möbel, bunte Küchen in großer Auswahl. Lieferung auch nach auswärt.

